

Dringliche Anfrage 11

des Abgeordneten Manfred Richter

SPD-Fraktion

an die Landesregierung

Gesetzentwurf des Bundes: Änderung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer

Nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes beträgt der Bestand kommunaler Kassenverstärkungskredite aktuell deutschlandweit mit 34 Mrd. €. Der Bestand ist damit so hoch wie noch nie. Dennoch gibt es Pläne der Bundesregierung, die Bemessungsgrundlage der überwiegend den Kommunen zufließenden Gewerbesteuer zu ändern. Nach dem Gesetzentwurf des Bundes ist eine Änderung des Bewertungsverfahrens bei Funktionsverlagerung ins Ausland beabsichtigt. Dieses würde nach Schätzungen des Städte- und Gemeindebundes bundesweit 1,8 Mrd. € zusätzliche Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer bewirken, davon würden allein 700 Mio. auf die Kommunen entfallen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie hoch wären die Einnahmeausfälle für die brandenburgischen Kommunen bei Umsetzung dieses Gesetzesvorhabens?